

Axel Klausmeier

## **Freilichtmuseen ohne Akteure? oder: Exodus Ost**

Anmerkungen zum »9. Kongress Städtebaulicher Denkmalschutz« zum Thema »Historische Städte vor neuen Herausforderungen« am 4. und 5. September 2001 in Quedlinburg

Um es vorwegzunehmen: Für alle TeilnehmerInnen des Kongresses, der im folgenden noch einmal ins Bewusstsein gerufen werden soll, stand eines zu Beginn der Veranstaltung fest: Das Gespenst des Wohnungsleerstands geht um in den ostdeutschen Ländern und es galt, seinem kalten, leicht muffigem Atem die Stirn zu bieten. Zu weitreichend wären die Folgen tatenlosen Zusehens, sind doch die Konsequenzen, die von seinem Wirken ausgehen, längst landauf – landab gegenwärtig. Doch worum ging es beim diesjährigen, neunten Kongress Städtebaulicher Denkmalschutz, der Anfang September, nur wenige Tage vor dem diesjährigem Tag des offenen Denkmals, in Quedlinburg ausgerichtet wurde?

Veranstalter waren unter anderem das Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) aus Erkner bei Berlin gemeinsam mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen in Zusammenarbeit mit den internationalen Netzwerken Europa Nostra und dem Internationalen Städteforum Graz. Ausgehend von der vorjährigen Weltkonferenz zur Zukunft der Städte URBAN 21 war es ausdrückliches Ziel des Kongresses, unter dem Leitthema »Historische Städte vor neuen Herausforderungen« vor dem Hintergrund der drastischen Schrumpfungprobleme ostdeutscher Städte und im Lichte des Leitbildes der Nachhaltigkeit neue Aspekte, Möglichkeiten und Orientierungen für Städtebau, Wohnungswirtschaft, Denkmalpflege, Ökologie und Mobilität zu erarbeiten. Zu den rund dreihundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die vorwiegend aus den neuen Ländern nach Quedlinburg gereist waren, zählten Vertreter der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik, der kommunalen Spitzenverbände, Stadtverwaltungen und Stadtplanungsämtern, sowie Sanierungsträger, Planungsbüros, Stiftungen und Verbände und schließlich einige wenige Vertreter wissenschaftlicher Einrichtungen. Damit war der Tagung ein Forum von Experten und Betroffenen der unterschiedlichsten Verwaltungs- und Entscheidungsebenen beschieden, das sich dem eigentlichen Hauptthema des Kongresses kompetent und mit z.T. großer emotionaler Betroffenheit zuwandte: nämlich dem Dilemma zahlreicher ostdeutscher Städte, die durch die rapide Abwanderung der Bevölkerung – in den letzten zehn Jahren verlegten rund 80.000 Bürgerinnen und Bürger ihren ständigen Wohnsitz gen Westen – und dem damit verbundenen massenhaften Wohnungsleerstand häufig kaum noch in der Lage sind, ihren oft umfangreichen Bestand an historischen Bauten zu schützen und sinnvoll zu nutzen. Zwar sind bereits rund 1,3 Milliarden DM seit der Wende in die Restaurierung historischer (Innen-) Städte geflossen, doch werden denkmalpflegerische Arbeiten häufig dadurch verhindert, dass bei der Finanzierung von Maßnahmen das Drittel des Gesamtkostenvolumens, das die Kommunen beizusteuern verpflichtet sind, aufgrund von Kapitalmangel nicht aufgebracht werden kann. Und was sind historische, möglicherweise mit großem Mittelaufwand sanierte Innenstädte mehr als die von den Architekten häufig so beklagten Freilichtmuseen, wenn sie nicht mehr durch die noch verbliebene ortsansässige Bevölkerung mit Leben gefüllt sind? So nahm auch Gottfried Kiesow, der

Vorstandsvorsitzende der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, dieses tagungsbestimmende Thema am Ende der zwei Tage noch einmal resümierend, aber in jeder Hinsicht mahnend, auf. Er ging in seinem Vortrag zwar auf die erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre in vielen Städten und Gemeinden der neuen Bundesländer ein, doch warnte er zugleich nachdrücklich vor dem bedrohlichen Bevölkerungsschwund in ostdeutschen Städten infolge von Arbeitsplatzmangel und der nachlassenden Bereitschaft von Politikern, denkmalpflegerische Belange zu unterstützen.

Neben einigen Grundsatzreferaten arbeiteten die KongressteilnehmerInnen in erster Linie in vier Arbeitsgruppen, in denen jeweils bis zu einhundert Personen Grundfragen der gesetzten Arbeitsschwerpunkte mitunter konträr, doch immer engagiert erörterten und diskutierten. Diese Gruppen, die sich unter den Arbeitstiteln »Gesamtgemeindliche Entwicklungskonzepte«, »Neue bautechnische und wirtschaftliche Anforderungen an die Altbausubstanz«, »Stärkung des Bürgerengagements und des Denkmalbewusstseins in historischen Städten« und schließlich »Steuerrecht für das Denkmal und andere Rechtsfragen« zusammenfanden, erarbeiteten ein weites Spektrum an Lösungsangeboten für unterschiedliche, immer wieder ineinandergreifende Problemfelder. Es stellte sich heraus, nicht zuletzt bei der abschließenden Präsentation der Arbeitsergebnisse der einzelnen Gruppen, wie sehr zunächst divergierend erscheinende Aspekte etwa der Städtebauförderung, der potentiellen Steuervergünstigungen für denkmalpflegerische Baumaßnahmen, der denkmalgerechten Baustoffe oder der Bewusstseinsbildung im Bereich der Denkmalpflege – in größerem Rahmen diskutiert – ineinander verzahnt sind und deshalb nach einem interdisziplinären Forum verlangen. Ein breit angelegter Diskurs beförderte erfrischende, mitunter erfreuliche Ergebnisse in Sachfragen. Vereinzelt, optimistisch gestimmte Berichte, etwa mit Beispielen erfolgreichen Bürgerengagements aus kleinen und mittleren Kommunen bestrahlten das überwiegend düstere Szenario mit Anzeichen der Hoffnung auf bessere Zeiten.

Denn schließlich ist den Denkmalpflegern (ein nur zu oft berechtigtes) Beklagen fehlender Mittel scheinbar von Natur aus gegeben. Vor diesem Hintergrund weckt das 4,4 Milliarden schwere Programm »Stadtumbau Ost« des Bundes und der Länder allerdings nicht nur Hoffnung: Denn wer kann schon garantieren, dass die freigesetzten Gelder tatsächlich beim auch in Quedlinburg mehrfach angesprochenen sogenannten »Rückbau« von rund 350.000 überflüssig gewordener Plattenbauwohnungen eingesetzt werden, in dessen Folge sich auch die historischen Stadtzentren mehr bevölkerten, und nicht etwa ebenso beim dienstleistungsgerechten Umbau der Innenstädte, der möglicherweise am westlichem Vorbild orientiert in der reinen Fassadenmakulatur endet? Lässt sich nicht auch die Auflage des Programms, Innenstädte zu revitalisieren, auf unterschiedliche Weise auslegen? So könnten die Mittel im Idealfall für die Sanierung historischer Wohnbauten eingesetzt werden und damit direkt einer sinnvollen und attraktiven Nutzung zufließen. Innenstädte würden auf diese Weise attraktiver und man förderte zugleich privates Wohn- und Hauseigentum in zumindest gleichwertiger Weise wie Investitionen auf der sogenannten »grünen Wiese« vor den Städten. Die plötzlich zur Verfügung stehenden Gelder könnten aber ebenso potentielle Investoren dazu verleiten, in einen historisch anmutenden Einkaufs- und Büropark zu investieren, der sicherlich nicht im Sinne einer nachhaltigen Stadtstruktur, und schon gar nicht im Sinne der Denkmalpflege zu rechtferti-



gen wäre. Hat also der Architekturhistoriker Dieter Hoffmann-Axthelm, der vor der staatlich gelenkten denkmalschützerischen Diktatur warnt, doch recht, wenn er geneigten Politikern die Entstaatlichung des Denkmalschutzes empfiehlt? Sind also all die Denkmäler ohne Nutzung gleichsam ungeliebt und deshalb nicht mehr wert, erhalten zu werden? Hat, um diesen Gedanken in platter Form zuzuspitzen, die historische Stadt sowie das baukulturelle und kulturelle Erbe in Zeiten der massenhaften Abwanderung seine Zeugnishaftigkeit der Geschichte eingebüßt und damit seine identitätsstiftende Rolle für die kulturelle Unverwechselbarkeit einer Gesellschaft verloren?

Einen potentiellen Lichtstreif am dunklen Zukunftshorizont gerade ostdeutscher Städte und Kommunen mit großem historischem Baubestand wurde den TagungsteilnehmerInnen am Ende der Konferenz dann doch noch in Aussicht gestellt: nämlich die Ausschreibung des unter anderem vom Bundesbauministerium und der Deutschen Stiftung Denkmalschutz initiierten bundesweiten Wettbewerbs »Leben in historischen Innenstädten und Ortskernen – Zukunft für urbane Zentren und Räume«. Dieser soll erstmals im vereinten Deutschland allen Gemeinden Gelegenheit geben, ihre Leistungen, Erkenntnisse und Erfahrungen sichtbar zu machen und damit Impulse an andere betroffene Städte auszusenden. Schließlich seien historische Innenstädte und Ortskerne wesentlich »kulturgestaltend«, »identitätsstiftend« und wirkten als »innovative und kommunikative Mitte«. Zentrale Handlungsfelder dieses Wettbewerbs sind folglich Maßnahmen in den Bereichen der erhaltenden Stadterneuerung, des städtebaulichen Denkmalschutzes und der Stadtgestaltung. Ausdrücklich richten sich die Auslober mit ihrer Aufforderung zur Teilnahme an diesem Wettbewerb an private und bürgerschaftliche Initiativen sowie an Gebietskörperschaften, die komplexen und schwierigen Entwicklungsaufgaben innovativ in Angriff zu nehmen. Wenngleich die in der Auslobungsschrift mehrfach in den Mittelpunkt gerückte und deutlich geforderte *nachhaltige Stadtentwicklung* für Städte und Gemeinden mit historischen Ortskernen durchaus positive Entwicklungsansätze formuliert, etwa die Konzentration der Siedlungsentwicklung, die Aufwertung der historischen Innenstädte oder die innenstadtverträgliche Verkehrsplanung sowie die Stärkung eines breiten Bürgerengagements, bleibt es freilich abzuwarten, ob die Hauptursache der beklagenswerten Bevölkerungsabwanderung aus ostdeutschen Städten und Gemeinden in den scheinbar noch immer als golden geltenden Westen in Zukunft in den Griff zu bekommen ist: nämlich die beinahe unverändert erscheinende breite Arbeitslosigkeit mit all ihren weitreichenden, häufig verheerenden Konsequenzen.